

13. Kein Abbau der Politischen Bildung an Zürcher Gymnasien

Dringliche Interpellation Sibylle Marti (SP, Zürich), Rochus Burtscher (SVP, Dietikon), Christoph Ziegler (GLP, Elgg) vom 9. Dezember 2024

KR-Nr. 407/2024

Ratspräsident Jürg Sulser: Es beantwortet die dringliche Interpellation mündlich Regierungsrätin Silvia Steiner, welche ich noch recht herzlich bei uns begrüssen möchte.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich erlaube mir, die Antwort des Regierungsrates zu verlesen:

Zu den Vorschlägen für die kantonale Umsetzung der Weiterentwicklung der gymnasialen Maturität werden zurzeit Rückmeldungen bei den kantonalen Maturitätsschulen eingeholt. Gestützt auf diese Rückmeldungen soll ein Vorschlag für die Vernehmlassung ausgearbeitet werden. Das kantonsinterne Projekt «WegZH» muss sich an die nationalen Vorgaben halten, weshalb der kantonale Handlungsspielraum begrenzt ist. Die vorgeschlagene moderate Reduktion der Anzahl Geschichtslektionen im Grundlagenfach schmälert nicht die Bedeutung der politischen Bildung, sie bleibt ein zentrales Element der Ausbildung für alle Schülerinnen und Schüler. Im neuen nationalen Rahmenlehrplan bildet die politische Bildung weiterhin einen wichtigen Teil des Geschichtsunterrichts, den alle Schülerinnen und Schüler besuchen, sie wird dort sogar noch verstärkt.

Eines von drei Lerngebieten ist im Grundlagenfach «Geschichte» neu ausdrücklich der politischen Bildung gewidmet. Zusätzlich wird die politische Bildung in Zukunft in verschiedenen weiteren Fächern aus dem Grundlagenbereich, zum Beispiel in den Fächern «Deutsch» sowie «Wirtschaft und Recht» behandelt. Die Schülerinnen und Schüler beleuchten politische Themen dadurch aus verschiedenen Blickwinkeln. Ausserdem soll die politische Bildung gemäss Rahmenlehrplan insbesondere durch die Schaffung von Jugendparlamenten und politischen Diskussionsformaten in die Schulkultur integriert werden. Damit wird die politische Bildung im Grundlagenbereich ausgebaut und nimmt zukünftig mehr Raum an den Zürcher Gymnasien ein. Darüber hinaus sollen besonders interessierte Schülerinnen und Schüler ihr Wissen zusätzlich neu in einem Schwerpunktfach vertiefen können. Ein Ausbau der Anzahl Lektionen im Fach «Geschichte» ist nach dem Gesagten nicht notwendig, um dem Anliegen der verschärften politischen Bildung gerecht zu werden. Die Schülerinnen und Schüler der Gymnasien sollen so dann aufgrund der bereits grossen und allgemein anerkannten Belastung nicht mit zusätzlichen Unterrichtsstunden belastet werden.

Sibylle Marti (SP, Zürich): Vielen Dank, Frau Bildungsdirektorin, für Ihre Ausführungen. Bevor ich darauf eingehe, möchte ich zunächst noch kurz meine Interessenbindung offenlegen: Ich bin Historikerin und arbeite an der Universität Bern.

Um was geht es eigentlich in dieser Debatte und was ist die Intention unserer dringlichen Interpellation? Aktuell – die Bildungsdirektorin hat es erwähnt – läuft die Umsetzung der eidgenössischen Maturitätsreform. Die Kantone sind hier unterschiedlich weit, bei einigen steht die Umsetzung kurz vor Abschluss. Der Kanton Zürich hat inzwischen Vorschläge für die zukünftige Ausgestaltung der Fächer an den Zürcher Gymnasien ausgearbeitet und die Schulen und die Verbände konnten vor Weihnachten ein Feedback dazu abgeben. Aktuell läuft die Auswertung der Rückmeldungen aus dieser Feedback-Schleife.

Als Kantonsrat sind wir nicht in diesen Feedback-Prozess eingebunden. Es geht jetzt hier nicht darum, den Prozess der Umsetzung der Maturitätsreform im Kanton Zürich zu kritisieren oder die Kompetenzen des Bildungsrates infrage zu stellen, der am Ende über die definitive Ausgestaltung der Reform entscheiden wird. Aber wir wollen – und ich finde, das steht uns auch zu – als Vertreterinnen und Vertreter der Zürcher Politik unsere Meinung äussern, damit diese in der Bildungsdirektion und auch im Bildungsrat bekannt ist und dann hoffentlich auch das notwendige Gewicht erhält. Für ein solches Feedback ist eben jetzt der richtige Zeitpunkt, weil die Feedbacks jetzt eingeholt wurden.

Doch nun zum Inhalt: Um was geht es uns als Urheberinnen und Urheber dieser dringlichen Interpellation? Politische Bildung ist in unserem direktdemokratischen System, wie wir es in der Schweiz haben, absolut zentral. Wir haben es in unserer Begründung für diese dringliche Interpellation geschrieben und man kann es nicht genug betonen: Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Wir müssen der Demokratie auch in der Schweiz Sorge tragen. Dafür ist es wichtig, dass Jugendliche Bescheid wissen über unser Land, seine Institutionen und seine Geschichte. Sie müssen wissen, wie unser politisches System funktioniert und wie sie ihre politischen Rechte ausüben können. Dazu brauchen sie Kenntnisse über unterschiedliche Staatsformen und Möglichkeiten der politischen Partizipation. Und sie brauchen ein Verständnis der eigenen Vergangenheit, um die Gegenwart einordnen und die Zukunft mitgestalten zu können. Der politischen Bildung und der Geschichte muss deshalb auf allen Schulstufen, in der Volksschule und in der Berufsschule, aber eben auch im Gymnasium, über das wir hier sprechen, eine ganz besondere Bedeutung zukommen.

Der nationale Rahmenlehrplan sieht vor, dass das Fach «Geschichte» die Grundlagen im Bereich der politischen Bildung legt, auf denen die anderen Fächer dann aufbauen können. Das ist eine Aufgabe, die das Fach «Geschichte» zusätzlich zum Geschichtsunterricht, in dem fachspezifisches Wissen und fachliche Kompetenzen vermittelt werden, übernehmen muss. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, dass dem Fach «Geschichte» im Grundlagenbereich Lektionen gestrichen werden sollen, und zwar je nach Variante, die zur Diskussion steht, in beträchtlichem Ausmass. Hinzu kommt ein weiterer Punkt: Die Vorschläge für die zukünftige Ausgestaltung der Fächer an den Zürcher Gymnasien sehen auch vor, neue Schwerpunktfächer einzuführen; auch das hat die Bildungsdirektorin ausgeführt. Diese Schwerpunktfächer gehören zum Wahlbereich, in dem die Schülerinnen und Schüler selbst wählen können, was sie besonders interessiert. Neu ist vorgesehen, zentrale Inhalte der politischen Bildung, wie beispielsweise

der Vergleich von Staatsformen und politischen Systemen, Demokratie, Partizipation und politische Teilhabe, im neuen Schwerpunktfach «Politik, Wirtschaft und Recht» zu behandeln. Natürlich ist es grundsätzlich richtig, dass Schülerinnen und Schüler bestimmte Bereiche und Inhalte je nach Interesse auswählen und vertiefen können. Wir sind aber nicht damit einverstanden, das Grundwissen der politischen Bildung, das heute Teil des Grundlagenunterrichts im Fach «Geschichte», inklusive politischer Bildung, ist, in ein neues Schwerpunktfach ausgelagert wird, das dann vielleicht nur von einem Fünftel oder einem Zehntel der Schülerinnen und Schüler – das wissen wir ja nicht – gewählt und besucht wird. Vor einigen Wochen haben wir hier im Rat schon einmal eine Debatte über den Stellenwert von Geschichte und politischer Bildung geführt, damals ging es um die Volksschule. Da waren sich eigentlich alle Fraktionen in diesem Rat einig, dass Geschichte und politische Bildung elementar sind und gestärkt werden sollten.

Und jetzt liegen die Vorschläge für die zukünftige Ausgestaltung der Fächer an den Zürcher Gymnasien auf dem Tisch, und was ist es passiert? Statt einer Aufwertung ist einmal mehr ein Abbau der Geschichte und der politischen Bildung geplant. Es nützt aber nichts, darüber zu klagen, dass die Jugendlichen immer weniger über unser politisches System und über die Geschichte unseres Landes wissen, wenn gleichzeitig die notwendigen Lektionen immer wieder zusammengestrichen werden. Wenn wir es wirklich ernst meinen damit, dass unsere Jugendlichen mehr wissen sollten über politische Bildung und Geschichte, dann muss sich das auch in den Vorschlägen zur Umsetzung der Maturitätsreform abbilden. Das ist in den aktuellen Vorschlägen aber so nicht der Fall.

Der nationale Rahmenlehrplan will die politische Bildung stärken. Diese Stärkung kann mit einer Streichung von Lektionen im Fach «Geschichte», das für die Grundlagen der politischen Bildung zuständig ist, und einer Auslagerung von zentralen Inhalten in ein freiwilliges Schwerpunktfach nicht erzielt werden, im Gegenteil: Eine solche Streichung bedeutet einen Abbau der politischen Bildung. Wir fordern deshalb die Bildungsdirektion und dann vor allem auch den Bildungsrat mit Nachdruck dazu auf, unseren Appell ernst zu nehmen und keinen Abbau der politischen Bildung an Zürcher Gymnasien zuzulassen. Ich danke Ihnen bestens für Ihre Aufmerksamkeit.

Rochus Burtscher (SVP, Dietikon): Sibylle Marti hat es klar und deutlich gemacht, mit unserer Interpellation möchten wir den Bildungsrat unterstützen, damit er sein Gewicht verstärkt in die Diskussion einbringt. In der heutigen «struben» Zeit ist die politische Bildung ein hohes Gut, dem wir Sorge tragen müssen. Egal, ob es links oder rechts ist, der Respekt sollte auf beiden Seiten gelten. Und mit der politischen Bildung soll auch aufgezeigt werden, dass man unterschiedlicher Meinung sein kann. Auch ich muss ja nicht mit allem einverstanden sein und argumentiere gegenteilig, aber ich sollte die Meinung der anderen akzeptieren.

Das Schwerpunktfach «Politikbildung» ist ein sehr wichtiger Punkt im Rahmenlehrplan. Als Politiker hier im Rat oder auch im National- und Ständerat sollten wir Vorbilder sein. Klar, bei politischen Auseinandersetzungen können Fetzen

fliegen, aber nachher muss es immer wieder möglich sein, ein Bier – auch alkoholfrei – miteinander zu trinken und wieder zu lachen. Okay, ab und zu vergeht einem das Lachen.

Zudem haben wir ja auch heute schon die Möglichkeit, uns mit dem Politgefäss «Discuss it» bei den Jugendlichen an den Gymnasien oder Berufsschulen vorzustellen und die unterschiedlichen Meinungen darzulegen. Demokratie ist definitiv keine Selbstverständlichkeit, sondern erfordert kontinuierliche Pflege – auch in der Schweiz. Um Jugendliche zu befähigen, ihre politischen Rechte wahrzunehmen, benötigen sie fundiertes Wissen über die Geschichte, die Institutionen und das politische System des Landes. Studien, wie Ihnen schon gesagt wurde, zeigen jedoch auf, dass dieses Wissen fehlt. Trotz dieser Erkenntnis sollen laut aktuellen Vorschlägen in Zürich Lektionen des Fachs «Geschichte» massgeblich bei der politischen Bildung gekürzt werden. Und nur weil die allgemeine Belastung höher ist, soll man doch nicht einfach etwas streichen. Druck gibt es momentan überall, das kennen wir. Zentrale Inhalte, wie Sibylle Marti das auch schon erwähnt hat, Staatsformen, Demokratie, Partizipation und so weiter, sollen in andere Fächer ausgelagert werden und nicht mehr obligatorisch in diesem Bereich sein, so wie wir das verstanden haben. Dadurch wird aber der Zugang zur politischen Bildung massiv eingeschränkt. Nun – und das ist eben das Schöne daran –, kommt endlich auch hier im Rat Kritik von politischen Akteuren, links, rechts und Mitte, die fordern, Geschichte und politische Bildung an den Schulen zu stärken, anstatt sie zu marginalisieren. Die Forderung ist nun gestellt. Ebenfalls Danke für die Beantwortung unserer Interpellation.

Dieter Kläy (FDP, Winterthur): Ich danke der Bildungsdirektorin für die Beantwortung der dringlichen Interpellation. Sie zielt auf die politische Bildung an Zürcher Gymnasien ab, aber eigentlich geht es um die zukünftige Ausgestaltung der Fächer an den Zürcher Gymnasien. Denn die Frage, die hier zur politischen Bildung gestellt worden ist, die kann auch für andere Fächer gestellt werden. Im ganzen Prozess nämlich orte ich ein Demokratiedefizit, ich beginne jetzt auf der Bundesebene: Am Anfang steht die jahrelang entwickelte Maturareform auf Stufe EDK (*Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektorinnen und -direktoren*). Die EDK verabschiedete den Rahmenlehrplan für die gymnasialen Maturitätsschulen am 20. Juni 2024. Er ersetzt den bisherigen Rahmenlehrplan aus dem Jahr 1994 und ist am 1. August 2024 in Kraft getreten. Er konkretisiert die Bildungsziele der gymnasialen Maturität und beschreibt die Mindestanforderungen an die fachlichen und überfachlichen Lerninhalte und die zu erwerbenden Kompetenzen. Erarbeitet wurde das auch auf Bundesebene von verschiedenen Arbeitsgruppen, bestehend aus Lehrpersonen und Fachdidaktikerinnen und Fachdidaktikern aller Sprachregionen. Neu sollen die transversalen Unterrichtsbereiche, wie Interdisziplinarität, Bildung für nachhaltige Entwicklung, politische Bildung und Digitalität, durch ein eigenes Kapitel gestärkt werden. Eine breit angelegte Vernehmlassung gab es nicht, und nicht mal die Sozialpartner auf Bundesebene, also die Gewerkschaften und die Arbeitgeberverbände, sind hier konsultiert worden. Es ist einfach passiert und hier orte ich ein Demokratiedefizit. Ein kleiner

Kreis von Fachleuten hat jetzt festgelegt, wie der Rahmen ausgeprägt ist und sich entwickelt. Bei den Wahlpflichtfächern erhalten die Kantone jetzt mehr Freiheiten, da die Rechtsgrundlagen keinen definierten Fächerkatalog mehr vorsehen.

Und jetzt kommen wir auf die kantonale Ebene. Für die konkrete Umsetzung haben die Kantone Zeit bis zu Beginn des Schuljahres 2029/2030. Eine Kommission hat am 18. November 2024 Reformvorschläge vorgestellt, wir haben das gehört. Wie diese Kommission aber zustande gekommen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Immerhin sind jetzt die Schulen eingeladen worden, bis 20. Dezember 2025 Stellung zu beziehen.

Wie erwähnt könnten die Fragen, die hier in dieser Interpellation zum staatskundlichen Unterricht gestellt werden, auch für alle übrigen Fächer, vor allem diejenigen, die abgewertet werden oder denen die Abwertung droht – das betrifft auch gewisse Sprachen –, gestellt werden. Ich hoffe doch sehr, dass sich die Fachschaften und die Fachverbände einbringen und zur Wehr setzen. Eine Vernehmlassung auf kantonaler Ebene ist angekündigt, darüber freuen wir uns, denn ein weiteres Demokratiedefizit, wie auf Bundesebene, wäre nicht akzeptabel.

Zum Inhalt der Interpellation und den Antworten auf die Fragen: Auch wir sind der Auffassung, dass Geschichte und politische Bildung wichtig sind und entsprechend gestärkt werden müssen. Zwar verläuft zwischen «politischer Bildung» und «Politik in der Bildung» ein schmaler Grat – das wird eine Herausforderung sein –, doch es ist wichtig, dass wir uns dieser Herausforderung stellen. Der Fokus soll primär auf Fragen, wie unser Staatswesen funktioniert und wie man sich dafür engagieren kann, liegen, und das möglichst wertfrei. In diesem Sinne danke ich für die Beantwortung der Interpellation.

Christoph Ziegler (GLP, Elgg): «Kein Abbau von politischer Bildung an unseren Schulen», kommt Ihnen das bekannt vor? Vor Jahren schon habe ich eine Interpellation (KR-Nr. 37/2023) zur Stärkung des Fachs «Geschichte» an der Volksschule eingereicht. Viel Zustimmung von links und rechts habe ich dafür bekommen. Verschiedene Zeitungen haben meine Interpellation positiv kommentiert, haben die Wichtigkeit des Schulfachs «Geschichte» betont. Gestern zum Beispiel war im Editorial der Sonntagszeitung die Rede davon, dass Geschichte und Mythen heute wieder eine wichtige Klammerfunktion einnehmen. Als die Interpellation dann kürzlich hier behandelt wurde, waren sich eigentlich alle einig: Politische Bildung und Geschichtswissen sind wichtig für das Funktionieren einer Demokratie. Und, was ist in Bezug auf das Fach «Geschichte» an unseren Schulen passiert? Nichts. Keine Besserung in Sicht, sogar noch schlimmer: Der Abbau ist nun auch an den Mittelschulen angekommen. Die Gründe für unser Anliegen, weshalb Geschichtswissen und politische Bildung für eine funktionierende Demokratie wichtig sind, haben meine Vorrednerin und meine Vorredner ausgeführt. Liebe Kantonsrätinnen und Kantonsräte, wir sind eigentlich alle Lobbyisten, Lobbyisten für Politik und Geschichte. Uns alle eint doch das Interesse an Politik. Wir ringen nach Lösungen für unseren Staat, für unser Zusammenleben. Dafür brauchen wir Fakten, Argumente, Geschichtswissen. Wir brauchen die Bevölkerung, die sich für Politik interessiert, die am politischen Leben teilnimmt

und die oftmals komplizierten Vorlagen versteht und bespricht. Es ist also durchaus berechtigt, ja sogar wichtig, wenn sich die Politik hier einbringt. Es ist, wie mein Vorredner auch schon gesagt hat, in unserem ureigensten Interesse, dass sich der Kantonsrat hier meldet. Wir sind für eine Stellungnahme durchaus legitimiert. Dass diese Botschaft angekommen ist, zeigt die Unterstützung der dringlichen Interpellation von links über die Mitte bis nach rechts. Nun sollte sie auch bei denjenigen ankommen, die die Lektionentafeln und den Lehrplan machen. Wenn wir die Vergangenheit nicht kennen, ist es schwierig, die Gegenwart zu verstehen und nachhaltige Lösungen für die Zukunft zu kreieren. Ich bin mir als Lehrer ja gewohnt, dass man manchmal etwas zweimal sagen muss, bevor die Botschaft auch rüberkommt und verstanden wird. Deshalb sei mir verziehen, wenn ich wiederhole, was ich ähnlich schon am 11. November 2024 hier gesagt habe: «Geschichte» als eigenständiges Fach, wo historisches Wissen vermittelt wird, das sollte in unseren Schulen selbstverständlich sein. Mittelschülerinnen und Mittelschüler sollten etwas zu den Jahreszahlen 1815 oder 1848 sagen können. Sie sollten wissen, was das Wort «Personenfreizügigkeit» bedeutet, oder sie sollten die nationalen Abstimmungsvorlagen verstehen und kommentieren können.

Wir danken einerseits der Bildungsdirektorin, dass sie sich mit unseren Fragen auseinandergesetzt und ein Bekenntnis für das Fach «Geschichte» abgelegt hat, und hoffen andererseits, dass wir mit unserem Aufruf, das Fach «Geschichte» an unseren Schulen zu stärken, endlich auch bei den zuständigen Stellen Gehör finden. Danke.

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach): Am 2. September dieses Jahres gedenken wir des Endes des Zweiten Weltkriegs und heute, am 27. Januar 2025, gedenken wir der Auschwitz-Befreiung (*Konzentrationslager Auschwitz*) und der Überlebenden des Holocausts. 80 Jahre sind seitdem vergangen. Und diese 80 Jahre sind eine magische Zahl, weil nach 80 Jahren das sogenannte kommunikative Gedächtnis aufhört. Das heisst, es lebt kaum jemand mehr, die oder der die Zeit des Zweiten Weltkriegs oder die Zeit der Nazi-Gräuel erlebt hat. Und es lebt kaum jemand mehr, der oder die uns persönlich davon berichten kann. An dieser zeitlichen Schwelle, wo die mündlich überlieferte Geschichte durch Zeitzeugen abbricht, an dieser Schwelle leben wir heute, wenn es um den Zweiten Weltkrieg und den Holocaust geht. An dieser Schwelle bekommen die Geschichtsschreibung und der Geschichtsunterricht eine besonders wichtige Bedeutung. Und es ist schon ironisch, dass gerade jetzt, wo die allerletzten Zeitzeugen sterben, am Gymnasium Geschichtslektionen gestrichen werden sollen; und dies in einer Zeit, in der Menschen sich tatsächlich fragen, ob der ausgestreckte Arm eines Tech-Milliardärs (*gemeint ist US-Unternehmer Elon Musk*) eine Nazi-Geste imitiere oder nicht, und dies in einer Zeit, in der die Exponentin einer deutschen Rechtsaussenpartei (*gemeint ist Alice Weidel, Kanzlerkandidatin der AfD*) behauptet, Adolf Hitler sei ein Sozialist oder gar ein Kommunist gewesen. Dass wir heute solche Diskussionen überhaupt in der Öffentlichkeit austragen, hat nicht nur mit den sogenannten sozialen Medien zu tun, sondern vor allem auch damit, dass die Menschen nicht mehr leben, die man mit solchen Aussagen nur etwas, nämlich beleidigen würde, mehr

nicht. Damit die von Hitler und den Nazis verfolgten und ermordeten Menschen nicht noch einmal Opfer werden, nämlich Opfer neuerdings von üblen Geschichtsverdrehungen, dafür brauchen wir die Geschichtswissenschaft und dafür brauchen wir an unseren Gymnasien den Geschichtsunterricht und eine politisch demokratische Bildung, die ihren Namen verdient. Es ist gegenwärtig definitiv der falsche Zeitpunkt, die Geschichtslektionen herunterzufahren.

Wir Grüne wollen, dass unsere Jugendlichen mit Sensibilität und Resistenz gegen undemokratische Tendenzen und Bewegungen aufwachsen, und derer gibt es heute leider einige. Wer die Geschichte Europas im 20. Jahrhundert, das heisst die Geschichte des Faschismus, also auch der Stalinismus, im Unterricht kennengelernt hat, wird wissen, wie wichtig es ist, mit unserem demokratischen System sorgsam umzugehen und es zu schützen. Angesichts der Tatsache, dass andere Demokratien in Europa stark unter Druck stehen, sind Geschichtsunterricht und politische Bildung nötiger denn je.

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf): Die Forderung dieser dringlichen Interpellation ist ein Kernanliegen aller Jungparteien und des Jugendparlaments. Weshalb kann ich das einfach so behaupten? Vor gut zwei Jahren, am 3. Oktober 2022, haben verschiedene Vertreterinnen und Vertreter der Jungparteien und des Jugendparlaments dem Bildungsrat einen offenen Brief zur Förderung und Stärkung der politischen Bildung zukommen lassen. Gleichzeitig haben alle Parteien hier im Kantonsrat, alle Parteien, eine Anfrage an den Regierungsrat platziert, um dem Anliegen der Jungparteien, das auch ein Anliegen der Mutterparteien ist, Nachdruck zu verleihen. Ihre zentrale Forderung lautete, dass die politische Bildung an Zürcher Schulen auf der Sekundarstufe I und II gestärkt wird. Das Kernanliegen der Jugendlichen und aller Fraktionen des Kantonsrates betraf die konkrete und praktischen Umsetzung der im Lehrplan 21 verankerten Kompetenzen zur politischen Bildung, die heute noch zu wenig Eingang in den Unterricht finden.

Und der Regierungsrat antwortete, ich zitiere: «Vor dem Hintergrund, dass die öffentlichen Schulen die Grundwerte des demokratischen Staatswesens vermitteln sollen, sind die politische Bildung und die Schülerpartizipation aus Sicht des Regierungsrates wichtige Elemente.» Weiter: «Sowohl der Regierungsrat als auch der Bildungsrat setzen sich für die politische Bildung und Partizipation der Jugendlichen ein.» Ich verstehe dies nicht. Wie kann man sich für etwas einsetzen und es gleichzeitig zusammenkürzen? Nicht nur kamen der Regierungsrat und der Bildungsrat dem Anliegen der Jungparteien, des Jugendparlaments und der Kantonsratsfraktionen nicht entgegen, die Entwicklung geht sogar in die entgegengesetzte Richtung. Zwei Jahre nach der Forderung nach Förderung und Stärkung der politischen Bildung soll an den Gymnasien das Fach, in dem die politische Bildung primär eingebettet ist, zusammengekürzt werden. Das ist schwierig verdaulich. Ich frage mich da schon, was es noch braucht, um ein Anliegen der gesamten Politik vorwärtszubringen. Ein gemeinsamer Brief der Jungparteien, des Jugendparlaments und ein Nachfassen aller Kantonsratsfraktionen wird einfach ignoriert. Das kann man natürlich machen, aber wundern muss man sich nicht, wenn es dann ein lautes Aufjaulen gibt. Klar, freue ich mich, dass die politische Bildung

in den Fächern «Deutsch» und «Wirtschaft und Recht» gestärkt werden soll. Ein Abbau der politischen Bildung im Pflichtfach «Geschichte» ist jedoch nicht akzeptabel. Liebe Bildungsdirektorin, ich bitte Sie, dem Anliegen des politischen Nachwuchses in Zukunft den Platz im Unterricht zu geben, den es verdient.

Sibylle Marti (SP, Zürich) spricht zum zweiten Mal: Es freut mich sehr, in dieser Debatte zu hören, dass alle Fraktionen, alle Parteien, die sich hier geäußert haben, sich einig sind – das ist ja ein seltenes Bild in diesem Rat –, dass sie sich einig sind darüber, dass die politische Bildung in diesem Kanton einen hohen Stellenwert verdient hat, gestärkt werden muss und auf keinen Fall abgebaut werden soll. Und es ist eben schon so, wie auch Rochus Burtscher richtig gesagt hat: Das ist jetzt kein Thema links gegen rechts oder rechts gegen links. Wir haben es gehört, wir sind alle Lobbyistinnen und Lobbyisten für die Politik, für die politische Bildung. Und auch die Jungen selber – das hat Sonja Gehrig jetzt gut ausgeführt – haben ein Bedürfnis nach politischer Bildung. Sie wollen informiert sein, sie wollen Wissen haben, sie wollen die notwendigen Kompetenzen haben, und deshalb haben sie sie auch verdient.

Thomas Forrer hat es völlig richtig gesagt: Es ist jetzt der absolut falsche Zeitpunkt, um Geschichtslektionen herunterzufahren und politische Bildung zu kürzen. Und wir hoffen, glaube ich, hier alle, dass dieser Appell, der eben eigentlich schon ein wiederholter Appell ist, jetzt wirklich auch ankommt, ankommt in den zuständigen Stellen der Bildungsdirektion, die jetzt daran ist, diese Vorschläge aufgrund der Feedbacks zu überarbeiten, aber auch ankommt im Bildungsrat, der am Ende dann abschliessend entscheiden wird. Und vor diesem Hintergrund bin ich sehr froh und auch dankbar, dass auch die Bildungsdirektorin gesagt hat: Politische Bildung ist ein zentrales Element der Mittelschulausbildung, der Bildung an den Gymnasien, und ich hoffe, dass dieser Aussage nun auch Taten folgen. Besten Dank.

Regierungsrätin Silvia Steiner: Ich danke Ihnen für diesen Input, den Sie hier platzieren konnten – von links bis rechts –, wir werden ihn sehr gerne mitnehmen. Was ich hier nochmals betonen möchte, ist, dass wir uns absolut einig sind in der Frage, wie wichtig die politische Bildung eben ist. Es ist auch kein Abbau der politischen Bildung in den Mittelschulen geplant, auch das möchte ich nochmals klar gesagt haben. Wir werden auch – und auch das sage ich jetzt das zweite Mal, weil es offenbar das erste Mal nicht angekommen ist – eine breit angelegte Vernehmlassung durchführen. Von einem Demokratiedefizit kann also überhaupt keine Rede sein.

Es gibt bei der Frage, welche Lektionen in welcher Menge angeboten werden, eine epische Diskussion. Und im Bildungswesen ist ja immer ein bisschen das Problem, dass man aus der eigenen Schulerfahrung heraus spricht. Unser Fokus geht nicht dahin, dass wir jetzt zählen, wie viele Stunden für welches Fach in den Mittelschulen angeboten werden. Der Fokus, den wir ganz klar auf die Reform legen, ist, dass Schülerinnen und Schüler Probleme lösen können. Und Probleme können nur interdisziplinär gelöst werden, und das ist der Inhalt dieser Reform.

Dort, wo der Kanton Zürich Handlungsspielraum hat, geht es darum, dass wir die Schülerinnen und Schüler befähigen, unsere Gesellschaft eben aus verschiedenen Blickwinkeln zu beobachten und die Probleme selber erarbeiten und lösen zu können. Der Streit um Lektionenzahlen führt uns nicht weiter. Er führt uns unweigerlich dazu, dass wir noch mehr Wochenlektionen für die Schülerinnen und Schüler und somit eine noch grössere Belastung haben werden. Und ich erinnere Sie daran, dass Sie heute unter Traktandum 11 «Weniger Pflichtlektionen an der Volksschule» (KR-Nr. 360/2024) genau ein gegenteiliges Signal gesetzt haben. Sie möchten nämlich dort weniger Lektionen. Ja welche streichen wir denn jetzt, «Geschichte» oder «Turnen», das vom Bund vorgegeben ist? Also diese Diskussion, glaube ich, müssen wir wirklich den Spezialisten überlassen.

Wenn Sie also die Gymnasien in das neue Jahrtausend führen wollen und der Digitalisierung, den neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung tragen wollen, dann lassen Sie jetzt die Basis arbeiten. Die soll jetzt einen guten Vorschlag erarbeiten, den wir dann in eine breite Vernehmlassung senden können.

Ratspräsident Jürg Sulser: Die Interpellantin hat ihre Erklärung zur Antwort des Regierungsrates abgegeben.

Das Geschäft ist erledigt.